

Republik Albanien*

Fläche: 28'748 km²

Bevölkerung: 3'582'200 (3.441 Mio.)

Hauptstadt: Tirana

Unabhängigkeit: 28.11.1912 (von Osmanischem Reich)

Nationalfeiertag: 28. und 29. November

Verfassung: am 28.11.1998 durch Volksreferendum angenommen – obwohl boykottiert von Opposition.

BSP pro Einwohner: Ca. 1970 CHF (IWF 2002)

Währung: 1 Albanischer Lek = 0.01256 CHF

Armut: 30 Prozent unter Armutsgrenze (= 1 Mio.; 2001)

Arbeitslosigkeit: offiziell 17 Prozent; Schätzungen von 22 bis 30 Prozent

Ressourcen: Chromerz, Kupfer, Kohle, Erdöl

Landessprachen: Albanisch (Toskisch und Gegisch), Griechisch

Religionen: 70 Prozent Muslimisch, 20 Prozent Orthodox, 10 Prozent Katholisch

Ethnische Gruppen: 95 Prozent AlbanierInnen, 3 Prozent GriechInnen (sehr unterschiedliche Prozentzahlen, je nach Quelle), 2 Prozent andere (Vlachen, Roma, SerbInnen, BulgarInnen)

Staatsform: seit 1991 Parlamentarische Republik

Administrative Einheiten: 12 Präfekturen, 36 Bezirke, 74 Städte, 310 Gemeinden

Wahlrecht: Wahlpflicht ab 18 Jahren

Staatsoberhaupt: Republikpräsident Alfred MOISIU (seit Juli 2002).

Regierungschef: Premierminister Fatos NANO (seit Ende Juli 2002; vom Präsidenten ernannt).

Parlament: Volksversammlung (Kuvendi Popullor) mit 140 Sitzen/Abgeordneten, eine Kammer.

Wahlen: *Präsidentschaftswahlen:* alle fünf Jahre durch Volksversammlung, letzte im Juni 2002, Ergebnisse: 97 Stimmen von 116 für MOISIU. *Parlamentswahlen:* alle vier Jahre durch Volk, letzte im Juni 2001, Ergebnisse: 41.5 Prozent Sozialistische Partei SP (Regierungspartei); 3.6 Prozent Sozialdemokratische Partei SDP (Allianzparteien), 2.6 Prozent Demokratische Allianz DA, 2.6 Prozent Agrarpartei, 2.6 Prozent Partei zum Schutz der Menschenrechte PBDNJ, 1 Prozent Partei der sozialen Demokratie, 36.8 Prozent Demokratische Partei Albaniens DP (Oppositionspartei).

Parteien: *Regierungspartei seit 1999:* Sozialistische Partei SP (1991 aus kommunistischer Partei der Arbeit hervorgegangen; Fatos NANO); *Allianzpartner:* Sozialdemokratische Partei SDP (Skender GJINUSHI); Agrarpartei (Lufter XHUVELI); Partei zum Schutz der Menschenrechte PBDNJ (Vasil MELO); Partei der sozialen Demokratie SD (Paskal MILO); *Oppositionsparteien:* Demokratische Partei Albaniens DP (stärkste Oppositionspartei, war Regierungspartei von 1992-99; Sali BERISHA); Neue Demokratische Partei NDP (aus DP herausgelöste innerparteiliche Opposition); Partei der Legalitätsbewegung LB; Republikanische Partei RP; Partei der Nationalen Front; Partei Liberale Union.

Recht und Gerichtswesen: Internationale Gerichtsbarkeit nicht anerkannt. Oberster Gerichtshof (Richter gewählt von Volksversammlung für vier Jahre). Entscheidungen des Verfassungsgerichtes binden Staatsorgane. Todesstrafe seit 2002 gesetzlich verboten. Für innere Sicherheit zuständig: lokale Polizei. Justiz ist trotz Verfassung weder effizient noch unabhängig. Gefängnisbedingungen sehr harsch. (Mehr zum Verhalten der Sicherheitskräfte: siehe Menschenrechtsverletzungen)

Wehrdienst: Allgemeine Wehrpflicht für 12 Monate

Chronik: Albanien hatte 1912 nach mehr als 400 Jahren unter osmanischer Herrschaft seine Unabhängigkeit erklärt und 1928 eine Monarchie etabliert. Von 1945 bis 1985 richtete Enver Hoxha das Land als Diktator stalinistisch aus und unterdrückte Oppositionsversuche repressiv mit seiner Sicherheitspolizei Sigurimi. Ab 1985 unternahm sein Nachfolger Ramiz Alia vorsichtige Reformversuche, doch bis 1990 blieb Albanien letzte Bastion des stalinistischen Systems in Europa. Erst nach Protesten von Studierenden wurde im Dezember 1990 die Erlaubnis für die Neubildung von Parteien erteilt, welche die Gründung der demokratischen Partei DP von Sali Berisha ermöglichte. Im März 1992 gewann die DP die Wahlen zur neuen Volksversammlung und Sali Berisha wurde zum Republikpräsidenten



Quelle: CIA World Fact Book

gewählt. Der Transformationsprozess zu Demokratie und Marktwirtschaft fand vor dem Hintergrund hoher Arbeitslosigkeit, verfallener Infrastruktur und korrupten Politikern statt und resultierte in einem starken Anstieg von Kriminalität. Im Januar 1997 gab es wegen landesweiten Verlusten von Volksersparrissen gewaltsame Demonstrationen gegen die Regierung Berishas. Im März 1997 rief Berisha den Ausnahmezustand aus. Oppositionelle Gruppen hatten mehrere Städte besetzt. Viele AlbanerInnen flüchteten. Später ernannte er einen ehemaligen Bürgermeister der sozialistischen Partei SP als Führer einer Interimsregierung der nationalen Versöhnung, in welcher Repräsentanten von acht Oppositionsparteien vertreten waren. Die Parlamentswahlen 1997 gewann die sozialistische Partei SP mit Fatos Nano als neuem Premierminister und Rexhep Meidani als neuem Präsidenten. Die neue Regierung empfahl die Verfolgung von DP-Mitgliedern – auch von Sali Berisha – woraufhin die DP das neue Parlament boykottierte. Die Parlamentswahlen 2001 wurde von Beobachtern zwar kritisiert, gleichzeitig aber als die bisher „besten“ Albanien bezeichnet. Die SP gewann eine Mehrheit der Sitze. Seit 2002 Alfred Moisiu zum Staatspräsidenten gewählt wurde, herrscht in Albanien wieder eine gewisse innenpolitische Stabilität. Seit 2002 ist auch – nach einem Unterbruch – wieder Fatos Nano Premierminister. Kürzlich soll Oppositionsführer Sali Berisha seine jahrelange Blockadepolitik vorläufig aufgegeben haben und mit Nano ein informelles Bündnis zur Reform des Landes (Westintegration, wirtschaftliche Modernisierung) eingegangen sein. Am 31.03.2003 begannen in Tirana denn auch Verhandlungen mit der EU-Kommission über ein Abkommen, welches Albanien an eine EU-Mitgliedschaft und deren Anforderungen heranführen soll. In der Irak-Krise im März 2003 reihte sich Albanien in die „Koalition der Willigen“ ein und ratifizierte im Juni 2003 ein Abkommen mit den USA über die Nichtauslieferung amerikanischer Staatsbürger an den Internationalen Strafgerichtshof, was Albanien Militärhilfe und Unterstützung der USA sichert.

Menschenrechtssituation: Anfangs der 1990er Jahre wurden sowohl das Religionsverbot von 1967 aufgehoben als auch die Rede- und Versammlungsfreiheit wieder eingeführt. Die Situation heute ist zwar von weniger Gewalt und Instabilität geprägt und die Lokalwahlen letztes Jahr wurden als Verbesserung dargestellt. Die **Pressefreiheit** ist aber nach wie vor eingeschränkt. JournalistInnen werden oft tödlich angegriffen – in vielen Fällen von Polizisten, die selten dafür bestraft werden –, um kritische Berichte vor allem über Korruptionsfälle zu verhindern. Obwohl die Verfassung eine unabhängige **Justiz** vorsieht, verringern Korruption und politischer Druck die unabhängige und effiziente Funktionsfähigkeit der Justiz. Die **Polizei** begeht gravierende Menschenrechtsverletzungen. Sie schlägt, misshandelt und foltert – auch Jugendliche. Folter sollte zwar gemäss Gesetz mit bis zu 20 Jahren Gefängnis bestraft werden, es kommt jedoch zu keinen Verurteilungen von Polizisten. Weiter wird von willkürlichen Festnahmen und Inhaftierungen berichtet. Haftverlängerungen ohne gerichtlichen Prozess sowie Verletzungen der Bürgerrechte bleiben ein Problem. Die Polizei geht brutal gegen Demonstrierende vor. Soziale Gewalt und Diskriminierung gegenüber von **Frauen** und **Kindern** treten häufig auf. Auch ist Albanien eine wichtige Drehscheibe für **Menschenhandel** (hauptsächlich mit Nicht-AlbanerInnen). Die Versuche der Regierung, diesen zu unterbinden, sind bisher erfolglos. In Teilen Albanien ist die **Blutrache** nach wie vor üblich. Während es weniger Berichte von religiös motivierten Diskriminierungen gibt, leiden Angehörige der **Roma** unter überall vorhandener Diskriminierung, miserablen Lebensbedingungen und inadäquatem Zugang zu grundlegender Basisversorgung, was wiederum ihren Ausschluss aus der Gesellschaft verstärkt.

Asylgesuche in der Schweiz (Albanien gilt als Safe Country): Januar-März 2004: 31 Asylgesuche (1 Geburt im Verfahren), 2 Asylgewährungen, 5 Ablehnungen, 13 Nichteintreten, 5 andere Erledigungen, 19 hängig am 31.03.2004.

* Quellen: Fischer Weltalmanach 2004; CIA – World Factbook 2003; Auswärtiges Amt Deutschland 2004; UK Home office 2004; BFF 2004; Human Rights Watch World Reports, 2004; US State Department 2004; Albanien Helsinki Committee 2004; Freedom House 2004.